

den Ursachen der neuen Entwicklung, die sich in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Westdeutschlands und Westberlins anbahnt. Die Hauptursache liegt zweifellos in der weiteren Festigung, im politischen und wirtschaftlichen Aufschwung der Friedensstaaten und allen voran der Sowjetunion. Die Friedenspolitik der Sowjetregierung, die durch Verhandlungen eine Milderung der internationalen Spannungen und durch echte Friedenspakete die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit erreichen will, entspricht dem Wesen einer Gesellschaftsordnung, die in Industrie und Landwirtschaft alle Kräfte auf die Erzeugung eines Überflusses an Produktion konzentrieren kann, ohne das Hereinbrechen einer Wirtschaftskrise fürchten zu müssen.

Der Feind sieht manchmal deutlicher, was seinen Kriegstreiberien gefährlich ist, als wir selber. Dafür nur ein überaus kennzeichnendes Beispiel: Am Vorabend der Berliner Außenministerkonferenz schrieb das Hamburger Adenauerblatt „Die Zeit“ unter dem Titel „Moskaus Ziele in Berlin“, daß die Nichtangriffspolitik der Sowjetunion nach außen in Verbindung mit ihrer Wohlstandspolitik im Innern eine Art von kaltem Krieg einzuleiten scheine, der viel gefährlicher wäre als der ganz kalte Krieg.

Zu der sonderbaren Logik der Adenauerleute, daß Nichtangriffspolitik nach außen und Wohlstandspolitik im Innern ausgerechnet „kalter Krieg“ sein soll, kann nur gesagt werden: „Was dem einen sein Uhl, ist dem anderen sein Nachtigall.“ (Heiterkeit.)

Den Adenauerleuten scheint die Friedenspolitik der Sowjetunion ebendeshalb gefährlich, weil sie die Zustimmung und Unterstützung der Volksmassen aller Länder findet. Jeder neue konstruktive Vorschlag der Sowjetregierung für die Sicherung des europäischen Friedens — wie die letzte Note zur Frage der kollektiven Sicherheit — muß auch bei der westdeutschen Bevölkerung und besonders bei der Arbeiterklasse den Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung verstärken. Hinzu kommt aber noch, daß die Deutsche Demokratische Republik ein fester Bestandteil des Friedenslagers ist und auch für sie, davon zeugt unser Parteitag, die auf Frieden und Wohlstand gerichtete Politik volle Geltung hat und ihre Autorität in den Augen der Werktätigen steigern muß.

Ein völlig anderes Bild bietet das imperialistische Lager. Aus Furcht vor dem Hereinbrechen einer neuen Krise sabotieren die